



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Krisis in den Vereinigten Staaten. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß hier ein an sich edles und bildungsfähiges Volk so hart betroffen wird durch Nichtbeachtung der ersten Grundsätze einer vernünftigen Staatswirthschaft. Und das geschah unter dem Schutze der als Muster der Freiheit gepriesenen ungarischen Verfassung. Und es können jetzt noch ungarische sogenannte Patrioten wünschen, die alte Verfassung mit ihren Einwirkungen auf das Volk zurückzuerhalten! (Ein Irrthum des Verfassers. Niemand, höchstens einige altconservative Magnaten wollen die Verfassung Ungarns ohne die Verbesserungen des Jahres 1848 zurückhaben.) Aber auch Oestreich, ich meine das neue nach 1848, ist in dem vorliegenden Falle von großer Schuld nicht ganz frei zu sprechen; es hat zwar dem Wortlaut des Gesetzes nach freie Menschen hier geschaffen, aber sie doch nicht frei gemacht. Sie liegen in den Ketten des Beamtenthums und noch mehr ihr Geist in den Banden der Unwissenheit und Finsterniß. Oestreich hat hier nichts gethan, um Kirche und Schule zu heben, es hat acht kostbare Jahre verloren, sich die dankbare Anerkennung seiner Unterthanen zu erwerben.“ —

Mit jenen Halbwilden wollten und wollen noch jetzt gewisse Politiker uns Deutsche in das vielgepriesene Siebzigmillionenreich zusammenstellen. Es wäre doch gut, wenn diejenigen Freunde Oestreichs in Deutschland, welche zu solchen Vorschlägen nicht gekauft sind, sondern sie sich nur in überlieferter Unschuld vorglauben lassen, die Gelegenheit fänden und benutzten, gleich unserm Verfasser sich durch den Augenschein zu überzeugen, was wir in jenem Falle in den Kauf zu nehmen hätten. Sicher käme dann der Eine und der Andere mit weiter entwickelten Ueberzeugungen zurück, als unser Reisender, der trotz seiner Erfahrungen zum Schlusse immer noch glauben zu müssen meint, „daß wir ein einiges starkes Oestreich haben müssen, um ein einiges starkes Deutschland zu bilden.“

Die Krisis in den Vereinigten Staaten.

1.

In derselben Zeit, in welcher Frankreich, Italien und der Orient die alte Welt in ängstlicher Spannung und ewiger Kriegsbereitschaft erhalten, drängt sich in der neuen Welt, in den Vereinigten Staaten, eine Frage wieder in den

politischen Vordergrund, deren Entscheidung die Zukunft Nordamerikas in sich birgt.

Es ist nicht das erste Mal, daß die große europäische und amerikanische Politik gleichzeitig einer Krise zueilen. Der Unabhängigkeitskampf der 13 Colonien und seine Schwester, die französische Revolution, waren Kinder eines und desselben Zeitalters und nur um einige Jahre räumlich von einander getrennt. Die Napoleonischen Continentalkriege zogen die Vereinigten Staaten aus ihrer Neutralität und riefen den ersten Seekrieg mit England hervor. Die Reaction, welche dem nationalen Aufschwunge der Hauptvölker Europas nach dem Frieden von 1815 folgte, dämpfte auch dort den Stolz ob der errungenen Triumphe über den auswärtigen Feind. Was der karlsbader und laibacher Congreß für Europa waren, das wurde in gewissem Maß die Sklavenfrage und das Missouri-compromiß für die Vereinigten Staaten; denn drüben wie hier octroyirte eine verhältnißmäßig kleine Minorität dem ganzen Volk ihren Willen und ihre Interessen.

Seit dem Anfange dieses Jahrhunderts ist die Union zu verschiedenen Zeiten durch diese Sklavenfrage oder durch die Geldfrage erschüttert worden. Die erstere ist von hoher Bedeutung, in ihr liegt die Gefahr der Trennung des Südens von dem Norden, liegt der Anreiz zur Eroberung Cubas, somit die Gefahr des Krieges mit England und Frankreich. Während die Geldfrage durch den großen innern Reichthum des Landes sich allmählig wieder ausgleicht, dauert die heftige Agitation der Sklavenfrage in der großen Staatenverbrüderung unablässig fort; ihre Geschichte zieht wie ein rother Faden durch die Geschichte der Vereinigten Staaten sich hindurch, und da jede Erschütterung, die Nordamerika trifft, durch die Solidarität der materiellen Interessen in Europa wiederhallt, so lohnt es sich wol der Mühe, sie auch diesseits des Oceans näher anzuschauen.

Als die Vereinigten Staaten vom Mutterlande sich losrissen, erklärte der erste Entwurf der diesen Act motivirenden Unabhängigkeitserklärung sich aufs Entschiedenste gegen die Sklaverei; ihre Begünstigung wurde sogar dem Könige Georg dem Dritten als Capitalverbrechen gegen das Volk der Colonien angerechnet. Dieses Volk war ihr, seiner großen Mehrheit nach, abgeneigt und hätte sich ihrer gern entledigt. Auch die Männer der Revolution, der treue Ausdruck der damaligen, öffentlichen Meinung, drangen theils auf sofortige, theils auf allmähliche Abschaffung der Sklaverei, welcher damals noch keine so tief eingewurzelten ökonomischen Interessen im Wege standen. Außer den Reis und Indigo producirenden Staaten von Südcarolina und Georgia wurden die Sklaven überall nur zu häuslichen Diensten verwandt und konnten ebenso gut durch weiße Arbeiter ersetzt werden.

Nicht Mangel an der erforderlichen Majorität, sondern nur der Wunsch

die Unabhängigkeit von allen 13 Colonien ausgesprochen zu sehn, veranlaßte Jefferson, jene die Sklaverei betreffende Stelle, auf den von Südcarolina und Georgia gedrohten Rücktritt, aus seiner berühmten Erklärung zu streichen. Selbst während des Krieges machten einzelne Staaten verschiedene Emancipationsversuche. Schon 1778 hob Virginia, damals der bevölkerste, reichste und tonangebende Staat, jede Beschränkung der Emancipation auf und verbot die weitere Einfuhr von Sklaven. Diesem Beispiele folgten bald Newyork, Newjersey, Maryland, Delaware und Pennsylvanien. Letzteres bestimmte sogar 1780, daß alle innerhalb seiner Grenzen geborenen Personen frei sein sollten. Massachusetts mit seiner überwiegenden Puritanerbevölkerung, von jeher ein geschworener Feind der Sklaverei, blieb nicht zurück, und Rhode Island, wie Connecticut stellten sich 1784 auf die Seite Pennsylvaniens. Selbst Nordcarolina erklärte 1786 die fernere Einfuhr von Sklaven für höchst unpolitisch und verderblich und legte auf jede spätere Einfuhr eine Steuer von fünf Dollar per Kopf.

Gleich nach dem Frieden und während des Continentalcongresses trat bei den Verhandlungen der nationalen Angelegenheiten die Sklaverei in den Vordergrund. Als es sich um gesetzliche Bestimmungen für das von Virginia abgetretene und noch unbebaute westliche Territorium, vom 31. bis zum 46. Breitengrade handelte, verlangte Jefferson, daß nach dem Jahre 1800 in allen neu zu bildenden Gebieten und Staaten weder Sklaverei, noch überhaupt unfreiwillige Dienstbarkeit gelten solle. Dieser Vorschlag, geschichtlich berühmt als Jeffersons Ordonnanz, ging damals nicht durch, weil nur sieben, statt der vorschriftsmäßigen neun, von den 13 Staaten dafür waren.

Im Jahre 1787 indeß, als die Territorialfrage wegen der inzwischen von den nördlichen Staaten abgetretenen Gebiete vor dem alten Congresse wieder zur Verhandlung gelangte, wurde Jeffersons Antrag, wenn auch nur für einen beschränkten Raum, so doch in seinen Hauptzügen angenommen, und unterm 13. Juli 1787 einstimmig das Gesetz erlassen: daß von allen nordwestlich vom Ohio gelegenen Territorien die Sklaverei wie jede unfreiwillige Dienstbarkeit für immer ausgeschlossen sein sollte. Diese, seitdem so berühmt gewordene Ordonnanz von 1787, bildet noch heute den Ausgangs- und Stützpunkt in den Controversen über die Grenze des Sklavengebiets.

Zu derselben Zeit tagte in Philadelphia die für Entwerfung der jetzigen Verfassung zusammenberufene Nationalconvention. Unter den Gegenständen, welche ihre Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch nahmen, gehörte auch die Bestimmung über die Importation afrikanischer Sklaven, oder — wie der Süden sich damals verblümt ausdrückte, — das Gesetz über Wanderung und Einführung solcher Personen, welche zuzulassen einzelne Staaten für gut befinden sollten. Der Continentalcongreß hatte nämlich schon im April 1776 aus-

drücklich bestimmt, daß in keinem der Vereinigten Staaten Sklaven mehr eingeführt werden dürften, da dieser Handel unvereinbar mit den Grundsätzen der Revolution und der Verfassung sei. Während der Dauer des Krieges hatten begreiflicherweise englische Schiffe für genaue Befolgung dieser Bestimmung gesorgt. Gleich nach dem Frieden gingen jedoch Südcarolina und Georgia den einträglichen Sklavenhandel wieder an, und beide Staaten wollten sich weder in ihm, noch im Halten von Sklaven selbst von der neuen Constitution beschränken lassen. Bei den darüber gepflogenen Verhandlungen zeigte sich zum erstenmale in der Geschichte der Vereinigten Staaten der schroffe Gegensatz zwischen Norden und Süden in seiner ganzen Schärfe. Die Erbitterung und Beweisführung war schon damals auf beiden Seiten ganz dieselbe, wie später und jetzt. Während ein Theil der Delegaten den schimpflichen Handel sofort abgeschafft wissen wollte und Gouverneur Morris von Newyork die Sklaverei für einen Fluch des Himmels erklärte, entgegnete ein anderer unter der Führung Pinkneys von Südcarolina, daß sein Staat ohne die Bewilligung des Sklavenhandels nicht in die Union eintreten würde, da Südcarolina und Georgia ohne Sklaverei gar nicht bestehen könnten; die Abgeordneten anderer Staaten endlich wollten diesen Handelszweig durch starke Auflagen sehr erschweren oder ganz unmöglich machen, wie namentlich Delaware, Virginia und Maryland, deren Sklaveneigenthum bei dem möglichst schnellen Verbote fernerer Zufuhr nur gewinnen konnte.

Jener Streitpunkt verband sich eng mit der Debatte über die Frage: ob die neu zu gründende Föderalregierung befugt sein solle, Schiffahrtsgesetze zu erlassen und Ein- und Ausfuhrsteuern zu erheben.

Natürlich waren die südlichen Staaten, als die einzigen schon damals nicht unbedeutenden Exporteure, heftige Feinde einer ihren Produkten aufzuerlegenden Steuer, und ebenso fürchteten sie jede ihre Sklaveneinfuhren vertheuernde Auflage. Die nördlichen ackerbauenden Staaten aber, besonders Pennsylvanien, betrachteten beide Steuern als eine gerechte und unerlässliche Quelle des öffentlichen Einkommens, und die östlichen (Neuengland) Staaten waren als Schiffseigenthümer dafür, daß zu ihrer Sicherheit und Begünstigung dem Congresse die Befugniß zur Erlassung von Schiffahrtsgesetzen eingeräumt würde. War nun auch allen nördlich von Nordcarolina gelegenen Staaten die Abneigung gegen die Sklaverei gemeinsam, so kreuzten sich doch wieder ihre speciellen, näher liegenden Interessen, und ermangelten so der durchgreifenden Einheit, welche die beiden Staaten Carolina und Georgia beseelte. Diese sahen sehr wohl ein, daß sie dem Norden nicht gewachsen waren, und legten sich daher gleichzeitig aufs Drohen, Nachgeben und Entgegenkommen, oder thaten, als ob sie sich vor der gegen sie verbündeten Uebermacht fürchteten. „Das Verbot der Sklaveneinfuhr wird uns ruiniren,“ rief Pinkney, der ener-

Die vom Kriege her hocherregte öffentliche Meinung ließ sich übrigens durch jenes Compromiß über den Sklavenhandel nicht so leicht zum Schweigen bringen. In den größeren Städten des Nordens bildeten sich zuerst Abolitionistengesellschaften. Der erste Präsident der in Philadelphia gegründeten Gesellschaft war Benjamin Franklin. In Newyork war Jay Mitglied einer solchen Gesellschaft und die hervorragendsten Männer des Landes beteiligten sich dabei. Namentlich waren es auch die Theologen, welche das Interesse und die Agitation gegen die Sklaverei warm erhielten und auf der Kanzel, wie in Versammlungen dagegen sprachen. Im Jahr 1788 empfahl die Generalversammlung der presbyterianischen Kirche in einem Hirtenbriefe: Abschaffung der Sklaverei und Unterricht der Schwarzen in der Religion; die Methodisten-Episcopalkirche vertrieb die Sklavenhalter aus ihrer Gemeinde, und die Quäker übertrafen, womöglich, noch beide an Erbitterung gegen diesen „Fluch“.

Die Quäker von Pennsylvanien, Delaware und Newyork waren es auch, welche diese Frage im Februar 1790 beim Congreß wieder anregten, indem sie, von der pennsylvanischen Abolitionistengesellschaft unter Franklin unterstützt, mitten in die Debatte über die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten eine Petition um Abschaffung der Sklaverei schleuderten. Die südlichen Mitglieder wandten sofort ein, daß dieser Antrag inconstitutionell sei, da der Congreß sich vor 1808 gar nicht in die Sklavenfrage zu mischen habe; die nördlichen Abgeordneten forderten, daß die Petition einem Ausschuß zum Berichte sollte überwiesen werden. „Geschieht das,“ — rief Burke, — „so wird durch alle südlichen Staaten die Trompete des Aufstandes erschallen,“ — „die bloße Discussion dieses Gegenstandes“ — wandte Smith von Südecarolina ein — „verursacht Alarm.“ „Rührt dieses an,“ trogte Jackson von ebendaher, — „so löst Ihr die Union auf.“ — „So lange Eure Agitation gegen die Sklaverei bloß speculativen Charakters war, ließen wir Euch gewähren,“ schrie der Süden im Chor, „jetzt aber, wo die Gefahr einer legislativen Einmischung vorhanden ist, stehen wir wie ein Mann für die Sklaverei ein.“

Trotz dieses Aufwandes von Drohungen ging die Petition an das Specialcomité, auf dessen Bericht der Congreß am 23. März 1790 in sein Journal eintrug:

1. Daß er vor 1808 die Sklaveneinfuhr nicht verbieten könne.
2. Daß er kein Recht habe, in irgend einem Staate sich in die Behandlung und Emancipation der Sklaven zu mischen, indem es den einzelnen Staaten überlassen bliebe, in dieser Angelegenheit diejenigen Bestimmungen zu treffen, welche die Menschlichkeit und wahre Politik erheischen.
3. Daß er das Recht habe, Bürger der Vereinigten Staaten vom Sklavenhandel mit Fremden abzuhalten und geeignete Bestimmungen für die

menschlische Behandlung der Sklaven auf ihrer Reise zu treffen, wenn sie von solchen Bürgern in die derartige Importationen gestattenden Staaten eingeführt würden.

4. Daß er endlich das Recht habe, Fremden die Ausrüstung von Sklavenschiffen in irgend einem der Häfen der Vereinigten Staaten zu verbieten.

Der Congreß vermied es übrigens von nun an sorgfältig, die kigliche Sklavenfrage zu berühren. Washingtons Cabinet und die Dppositionspartei fürchteten sich gleichmäßig davor. Die verschiedenen Petitionen der Abolitionistengesellschaften blieben unbeachtet auf dem Tische des Hauses liegen.

Doch schon im Jahr 1793 erkämpfte der Süden wieder einen wichtigen Triumph durch das vom Congreß erlassene Gesetz über die Auslieferung der arbeits- und dienstpflchtigen Personen. Dieses Gesetz ist der erste Schritt zu seiner später so glänzend errungenen Allgewalt und der Vater des berühmten Compromisses von 1850. Als es sich nämlich um gesetzliche Bestimmungen über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher handelte, erweiterte der Senat diesen noch jetzt geltenden Act dahin, daß in jedem Staate, wo der Schuldige, oder der flüchtige Sklave gefunden würde, sein Herr oder dessen Anwalt ihn ergreifen und vor einen Staatenrichter oder Stadtbeamten schleppen könne, welcher dann, auf den vom Besitzer gehörig geführten Beweis hin, diesen ein Certificat auszustellen habe, wonach sie den Flüchtigen in den Staat zurückbringen dürfen, aus dem er entflohen. Die Personen, welche einer solchen Ergreifung in den Weg treten würden, sollten mit 500 Dollar Strafe belegt werden. Das Haus passirte dieses Gesetz ohne jede Debatte. Das amerikanische Volk verhielt sich ganz gleichgiltig dagegen und fühlte wol deshalb seine Bedeutung nicht, weil die meisten freien Staaten ihren Beamten bei schwerer Strafe verboten, ein Gesetz auszuführen, welches die Befugnisse des Congresses überschritt, da dieser, nach einer Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, den Beamten der Einzelstaaten keine Befehle vorschreiben durfte. So blieb das Gesetz zwar factisch ein todter Buchstabe, aber es statuirte einen der wichtigsten Präcedenzfälle in der amerikanischen Verfassungsgeschichte.

Aus dem bis jetzt Gesagten ergibt sich, wie die Sklavenhalter aus einer bloß geduldeten Fraction sich bald zu einer ungestüm fordernden politischen Partei empor zu arbeiten mußten. Wenn sie auch in einzelnen Nebepunkten unterlagen, so siegten sie doch immer in der Hauptsache, und diese Triumphe verdanken sie mehr noch ihrer unermüdlichen Energie und talentvollen Führung als der Zersahrenheit und Sorglosigkeit ihrer Gegner. Je mehr diese zurückwichen, desto entschiedener drangen sie vor, und bald fanden sie selbst in ihrem Auftreten die Beschönigung ganz überflüssig, mit der sie die ersten

Schritte auf ihrer Siegeslaufbahn umgeben hatten. Was früher noch „das höchste Uebel“ und ein „Fluch des Himmels“ genannt wurde, das wandelte sich plötzlich in einen „Segen Gottes“ um; was lange als eine Schmach und ein Schandfleck an der Union gegolten hatte, das wurde bald der Grundpfeiler der „wahren Demokratie“. Mit einem Worte: die Sklavenhalter wurden eine Macht.

Woher kam dieser plötzliche Umschwung, diese ungestüme Ankündigung der neuen Herrscherin? Ein bisher unbekannter Factor war über Nacht aus dem Boden gewachsen, in ihm gingen alle südlichen und Sklavenhalter-Interessen, als in ihrer höhern Einheit und ihrem Brennpunkte auf. Dieser neue Factor war die Baumwolle; ihre Geschichte ist fortan gleichbedeutend mit der Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten, auf deren Politik und Weltstellung sie sogar mit jedem Jahre entschiedener einwirkt.

Noch kein Artikel hat sich in verhältnißmäßig so kurzer Zeit so überraschende Erfolge und eine so unbestrittene Suprematie im Weltmarkt errungen. Treffend für ihre Bedeutung sagt Dickens: „Jede sociale oder physische Convulsion in den Vereinigten Staaten würde England erschüttern vom Cap Landsend bis nach John O'Greats. Das Leben von nahezu zwei Millionen unserer Landsleute hängt von der Baumwollernte Nordamerikas ab; ihr Schicksal, man kann es ohne Uebertreibung sagen, hängt an einem Faden. Sollte irgend ein Mißgeschick über das Land der Baumwolle hereinbrechen, so würden eintausend von den Schiffen unserer Kauffahrteiflotte müßig in den Häfen verfaulen; zehntausend Fabriken müßten ihre summennden Webstühle still stellen, und zwei Millionen Menschen würden aufs Pflaster gesetzt.“

Noch im Jahre 1794 erklärte Jay, als er den Vertrag mit England unterhandelte, er wisse überhaupt nicht, daß Baumwolle aus dem Süden der Vereinigten Staaten exportirt würde; wiewol die älteste Angabe über die Baumwollausfuhr sich in einem Handelsbericht der Stadt Charlestown in Südcarolina vom Jahre 1748 findet, in welchem Jahre sieben Säcke verschifft wurden. In 1770 versandte man von demselben Orte 2000 Pfund; 1784 71 Säcke, auf welche man in England „als falsche Consignation“ Beschlagnahme legte, weil Amerika nicht soviel produciren könne. Erst nach Beendigung des Krieges wandte sich die Aufmerksamkeit im Allgemeinen der Baumwolle zu, die bereits 1760 als Zierpflanze von den westindischen Inseln importirt und im Januar 1775, also ein Jahr vor der Unabhängigkeitserklärung, von der Provinzialgesetzgebung von Südcarolina der besonderen Beachtung der Pflanze empfohlen ward. Die zuerst exportirte war nur unvollkommen gereinigt und bloß für ganz gewöhnliches Gespinnst geeignet. Bald aber fand man, daß die an der Küste von Südcarolina und Georgia

gezogene Baumwolle längere und feinere Fasern hatte, als die höher im Lande gewonnene. So wurden die längs der Küste jener beiden Staaten hinlaufenden Inseln mit ihrem leichten, lockeren Boden in den Kreis ihrer Production gezogen und lieferten bald die berühmte „Sea Island“. Durch die Erfindung und Anwendung der „Cottongin“ stieg die Production der Baumwolle auf einen ganz enormen Betrag und verdrängte den bisher im Süden vielfach gezogenen Indigo. Die Cottongin ist nämlich eine von Ely Whitney erfundene Maschine, welche die Baumwolle von ihrem Samen sondert und im Laufe der Zeit die Handarbeit für diesen Proceß gänzlich verdrängt hat. Sie förderte die Cultur der Baumwolle im ganzen Süden der Vereinigten Staaten mächtig und schnell. Die früher in England erfundene Spinnmaschine Jenny hatte die Grundlage zu dem täglich sich vergrößernden Consum der Baumwolle gelegt, und jetzt arbeiteten die Erfindungen beider Welttheile einander in die Hände, um ihr einen kaum geahnten Aufschwung zu geben.

Im Jahr 1791 betrug der Export 189,316 Pfund; 1795 bereits 1,601,760; dann 1800 schon 17,789,803; 1810: 93,261,462; 1820: 124,893,405; 1830: 276,979,784; 1840: 530,204,100; 1850: 927,237,000 und 1859: 1600 Millionen Pfund oder nahe an 3,580,000 Ballen. Die gesammte Ernte belief sich 1859 auf nahe an 4 Millionen Ballen und wurde zu 208,511,908 Dollar oder 43,439,800 Pfund Sterling verwerthet.

Während der Preis der Baumwolle im Jahr 1790 im Durchschnitt 30—40 Cents per Pfund betrug, war er in Folge der vermehrten Production im Jahr 1800 schon auf 17—19 Cents; 1810 auf 14—16; 1830 auf 15; 1840 auf 7—10 Cents und 1849 auf 7 Cents gesunken. Im Jahr 1859 kostete die Waare im Durchschnitt $11\frac{1}{2}$ Cents. In den Vereinigten Staaten werden ungefähr eine Million Sklaven jeglichen Alters beim Anbau der Pflanze beschäftigt, und diese repräsentiren, nach der gebräuchlichen Annahme von 150 Pfd. St. per Kopf ein Capital von 150 Millionen Pfund Sterling oder 900 Millionen Dollar.

Es ist trostlos, aber eine Thatsache, daß alle Anstrengungen, die Baumwollcultur mittelst freier Arbeiter auf dieselbe Höhe zu bringen, auf welcher wir sie in den südlichen Staaten der Union durch Sklavenhände gebracht sehen, bis jetzt gescheitert sind. Die Bemühungen Englands dem Baumwollenbau in seinen Colonien eine große Ausdehnung zu geben, haben den Erwartungen bis jetzt nicht entsprochen. Im britischen Guyana hat die Baumwollcultur der Freien die Concurrenz der amerikanischen Sklaven nicht bestehen können. Während aus den Distrikten von Demerary und Essequibo zu Anfang dieses Jahrhunderts noch 40—45000 Ballen ausgeführt wurden, hat die Ausfuhr dieser Colonie jetzt fast ganz aufgehört.

In diesen Zahlen und Verhältnissen liegt der Schlüssel zur Politik der Vereinigten Staaten seit dem Anfange des Jahrhunderts. Wenn die Union in der ersten Hälfte jener Periode ihre neuen Staaten fast ausschließlich im Süden bildete, so liegt die natürliche Ursache in diesem Entwicklungsproceß der Baumwollcultur. Der riesige Nutzen, den sie brachte, erweiterte ihr Feld schnell über ihr ursprüngliches Gebiet von Südcarolina und Georgia hinaus. Die Pflanzer brauchten immer mehr Land und drangen in kaum einem Menschenalter bis an den Rio Grande vor, bis der Baumwolle ihre Herrschaft über den ganzen Süden und Südwesten gesichert war. Die eigentliche Baumwollzone umfaßt nämlich das südliche, vom 35. Breitengrade bis zum mexicanischen Golfe und vom atlantischen Ocean bis zum Rio Grande sich erstreckende Land, eine Fläche von mehr als 450,000 englischen Quadratmeilen, von welcher aber mehr als zwei Drittel zur Cultur dieser Pflanze nicht geeignet ist. In der Aneignung dieses kolossalen Gebietes hatte die Politik des Südens, also gleich von seiner ersten staatlichen Selbständigkeit an, eine bedeutende Aufgabe und ein bestimmtes Ziel vor sich. Die allgemeine oft instinktartige Erkenntniß und Ausbeutung dieses territorialen Vorzuges gab aber dem Süden eine große Ueberlegenheit über den Norden, in welchem, wegen der so mannigfach sich durchkreuzenden Interessen, so leicht keine Einheit des Wollens und Handelns möglich war.

Der Ankauf Louisianas durch Thomas Jefferson legte den ersten Stein zur Befestigung der Herrschaft des Südens, und bildete den Wendepunkt in der politischen Entwicklung der Vereinigten Staaten. Es vergingen kaum 16 Jahre, bis die Baumwolle bauenden Pflanzer von Südcarolina und Georgia, außer Louisiana auch schon Alabama, Mississippi, Missouri und Tennessee in Besiz genommen hatten.

Diese schnelle Ausbreitung einer verhältnißmäßig kleinen Bevölkerung über solche ungeheure Gebiete hat nichts Befremdendes; denn der Amerikaner klebt nicht an der Scholle, sondern dringt, von unbezähmter Wanderlust ergriffen, immer weiter und weiter in den Westen vor. Um wie viel mehr gibt er sich aber diesem Drange im Süden hin, wo die Cultur der Baumwolle den nie ausruhenden Boden innerhalb zehn Jahren schon erschöpft; wo bei der Größe der Pflanzungen, bei der Möglichkeit ihrer Ausdehnung und der Art ihrer Bebauung weder an Düngung noch an Schonung des Bodens gedacht wird. Der Pflanzer muß also weiter und immer weiter dringen, bis er besseres und frisches Land findet. Vor einer so harten ökonomischen Nothwendigkeit schweigen alle moralischen und gemüthlichen Bedenken. Der Indianer wird gegen „heilige“ Verträge und Zusicherungen aus dem Lande seiner Väter vertrieben, oder, wenn er sich nicht gutwillig fügt,

mit Bluthunden zu Tode gehest, im günstigsten Falle aber im Namen der Civilisation in einen Vernichtungskampf verwickelt.

Im December 1806 verlangte Jefferson in seiner Botschaft: daß vom 1. Januar 1808 an jede Sklaveneinfuhr aufhören solle, da mit diesem Tage die Competenz über diese Frage dem Congresse anheimfiel. Die bei dieser Gelegenheit im Repräsentantenhause geführte Debatte zeichnete sich durch große Gereiztheit aus und bewies, bis zu welchem Grade schon die offene Verhöhnung der ursprünglichen Gesinnungen zu gehen wagte. Doch am 26. Februar 1807 wurden die endgiltigen Bestimmungen dahin festgesetzt: „Alle Personen, die beim Ausrüsten eines Sklavenschiffes betroffen werden, trifft Verlust des Schiffes und 20000 Dollar Strafe; dagegen 5000 Dollar und Verlust des Schiffes diejenigen, welche einen Neger oder Farbigen an Bord nehmen, um ihn als Sklaven in den Vereinigten Staaten zu verkaufen. Wer wirklich aus einem fremden Lande eine Person in die Vereinigten Staaten bringt und sie hier als Sklaven verkauft, wird mit Gefängniß von nicht weniger als fünf und nicht mehr als zehn Jahren und mit einer Geldstrafe von 5000 Dollar bestraft.“

Den in den nächsten Jahren auftauchenden äußern Verwickelungen und dem daraus hervorgehenden Kriege von 1812 bis 1814 mit England ist es zuzuschreiben, daß die Sklavenfrage eine Zeit lang ruhte; wenngleich noch während des Krieges der Sklavenhandel betrieben ward. Aber die damit verbundene Gefahr und die Verfolgung beider kriegführenden Mächte verhinderten doch eine dem Bedürfniß entsprechende Einfuhr, deren Nachfrage mit dem größeren Verbrauche der Baumwolle sich täglich vermehrte. Um diesem Bedürfnisse nun entgegen zu kommen, bildeten sich im Gebiete der Vereinigten Staaten Sklavenmärkte, welche die aufblühenden Niederlassungen des Südens und Südwestens mit regelmäßigen Zufuhren versorgten. Dabei kam es den Händlern gar nicht darauf an, sich auch auf illegalem Wege ihre Zufuhren zu verschaffen und so riß bald ein systematisches Stehlen freier Schwarzen selbst aus freien Staaten ein.

Unter solchen Verhältnissen hatte der Sklavenhandel im Innern nicht allein seinen ungestörten, sondern sogar seinen vermehrten Fortgang. Newyork und Newjersey, damals selbst noch Sklavenstaaten, verboten, über seine kolossale Ausdehnung erschrocken, die Ausfuhr von Sklaven aus ihren Gebieten und wandten sich an den Congreß um Abhilfe. Allein vergebens! selbst die Sklaveneinfuhr dauerte fort. In Georgia und Alabama wurden im Jahr 1818 etwa 14000 Sklaven importirt. Einige Ladungen wurden zwar confiscirt und öffentlich verkauft; aber diese vereinzeltten Strafen waren ebenso wenig geeignet, den öffentlichen Unfug zu unterdrücken, als das im Jahr 1819 angenommene Gesetz, wonach jeder, der zur Habhaftwerdung eines widerrecht-

lich eingeführten Sklaven verhilft, 50 Dollar und halb soviel erhielt, wenn der Sklave noch auf offener See ergriffen ward. Der Versuch endlich, den Sklavenhandel mit dem Tode zu bestrafen, passirte zwar des Repräsentantenhaus, stieß aber im Senate auf Widerspruch und wurde kein Gesetz.

Der Congress fing endlich in einer Zeit an, ernste Maßregeln gegen die Sklaveneinfuhr zu ergreifen, als sie, in Folge des Friedens und des einstimmigen Beschlusses der Seemächte ohnehin gestört war. Je mehr er aber gegen den auswärtigen Sklavenhandel sich geberdete, desto ungestörter ließ er den innern sich entwickeln, ja desto mehr that er offen und heimlich für dessen Vergrößerung. Das Missouricompromiß legte diese Majorität des Congresses für die Sklavhalter am offensten zu Tage.

Das Territorium Missouri war nämlich am 18. December 1818 beim Congressse darum eingekommen, als Staat in die Union aufgenommen zu werden und nahm dabei das Recht in Anspruch seine Constitution ohne irgend eine Beschränkung in der Sklavenfrage zu entwerfen. Bei der Verhandlung dieses Antrags im Hause verlangte dagegen Tallmadge, Abgeordneter von Newyork, daß dem Verfassungsentwurf eine Bedingung hinzugefügt werden sollte, wonach Missouri von jetzt an keine Sklaven mehr einführen, und die Kinder der bereits vorhandenen mit dem 25. Jahre frei werden sollten. Cobb von Georgia rief Tallmadge zu: „daß er ein Feuer angezündet habe, welches nicht alle Wasser des Oceans, sondern nur Seen von Blut auslöschen könnten. Wenn die nördlichen Mitglieder auf ihrer Politik beharrten, so würde die Union aufgelöst werden.“

„Derartige Redensarten,“ antwortete Tallmadge, „machen keinen Eindruck auf mich. Die glorreiche Sache, für die ich hier einstehe, ist mit meiner ganzen Existenz verwachsen, sie ist der unversöhnlichste Haß gegen die grausamste und erniedrigendste Sklaverei, welche die Welt kennt. Aber ist es wirklich schon dahin gekommen, daß in dem Congressse der Vereinigten Staaten die Sklaverei ein so delicates, gefährliches, und rücksichtsforderndes Thema geworden ist, daß man sie nicht mehr verhandeln darf? Dürfen Mitglieder, welche ihre Ansicht darüber auszusprechen wagen, deshalb angeklagt werden, daß sie einen Sklavenaufstand hervorzurufen trachten? Dieselben Männer sprechen von Auflösung der Union, von Bürgerkrieg und Blutscenen, welche das Uebel, die Sklaverei nur noch weiter ausdehnen wollen. Wenn man jetzt schon nicht mehr unangefochten über diesen Gegenstand sprechen soll, was wird erst das Resultat sein, wenn die Sklaverei sich bereits über ein ungeheures Gebiet ausgedehnt hat? Jetzt aber muß ihrer Ausdehnung vorgebeugt werden, oder die Gelegenheit dazu ist für immer verloren. Man sagt, die Ansiedelung des Westens werde verzögert und der Werth des dortigen Eigenthums sich vermindern, wenn die Sklaverei dort nicht erlaubt werde. Eine solche Beweisführung spricht jeder Moral Hohn

und macht das persönliche Interesse zur Basis der Gesetzgebung. Wenn der Westen jetzt nicht ohne Sklaverei angesiedelt werden kann, so möge er lieber bis auf bessere Zeiten in seinem gegenwärtigen Zustande bleiben. Selbst kein Südländer wird die Sklaverei und den Sklavenhandel principiell zu verteidigen wagen; mögen sie darum auf die ursprünglichen Sklavenstaaten beschränkt bleiben, und uns ein solcher Beschluß vor den Vorwürfen der Zukunft schützen."

Nach einer dreitägigen heftigen Debatte drang der Antrag von Tallmadge mit 87 gegen 76 Stimmen durch. Doch als die Bill an den Senat kam, wurde die Bestimmung gegen die fernere Slaveneinfuhr mit 22 gegen 16 Stimmen gestrichen, und die Clausel für die Emancipation der Kinder, sobald sie 25 Jahre alt geworden, erhielt nur sieben Stimmen. Als in dem folgenden Congresse die desfallsigen Verhandlungen fortgesetzt wurden, gewann man im Repräsentantenhause vier nördliche Mitglieder fürs Compromiß und drei, darunter zwei von Newyork, entfernten sich bei der Abstimmung. Durch dieses Manöver gelang es mit 90 gegen 87 Stimmen, das Verbot der Sklaverei in Missouri zu streichen, statt dessen aber wurde dieselbe von allen nördlich vom 36. Breitengrade gelegenen Territorien mit 134 gegen 42 Stimmen ausgeschlossen. Unter den letztern befanden sich 35 südliche, welche dem Congresse die Befugniß zur Erlassung eines solchen Gesetzes bestritten, und fünf nördliche, denen es nicht weit und umfassend genug war. Missouri trat jetzt als unabhängiger Staat in die Union ein, und im Einklange damit fügte man dem Titel der Missouribill die Worte bei: „Und Slavereiverbot in gewissen Territorien.“ So passirte die Bill beide Häuser in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1820.

Der Süden betrachtete den Eintritt von Missouri als Sklavenstaat in die Union als einen großen Triumph, und zwar mit vollem Recht. Während vom Anfang der Union an die freien Staaten den Sklavenstaaten immer um einen überlegen waren und während bei der Aufnahme von neuen Staaten immer ein nördlicher und südlicher zugleich aufgenommen wurden, brach das Missouricompromiß das alte Balancirsystem und stellte die freien Staaten den Sklavenstaaten durch die Zulassung von Missouri auch der Zahl nach im Senate gleich. In ihm schlossen der Norden und der Süden einen Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit ab; denn das Mißtrauen, welches sich früher mehr instinktiv als bewußt ausgesprochen hatte, zeigte sich bei der Aufnahme von Missouri zuerst unverholen und offen. Beide Theile wurden hier zuerst die schroffe Klust gewahr, die sie für alle Zeiten von einander trennen mußte. Das mühsam hergestellte Gleichgewicht wurde durch jeden neu zu machenden Erwerb wieder in Frage gestellt. Je intensiver sich der Norden entwickelte, desto extensiver suchte der Süden zu werden, und so ward jedes Mal, so oft es sich um Aufnahme eines neuen Staates oder um den Erwerb eines neuen Gebietes handelte, die Sklavenfrage zur Frage des politischen

Gleichgewichts und aus diesem Grunde nothwendig von den heftigsten Kämpfen und innern Erschütterungen begleitet. Doch bei dem Missouri-compromiß hatte es über 30 Jahre sein Bewenden; die hohe Aufregung der letzten Jahre machte einer ebenso tiefen Erschütterung der kampfermüdeten Parteien Platz. Der Friede schien für ewige Zeiten wieder hergestellt zu sein, und Monroe's zweite Präsidentschaft, zu der er einstimmig erwählt wurde, hieß „das Zeitalter des guten Einverständnisses“.

Erst die Verhandlungen über die Aufnahme von Texas drängten die Sklavenfrage von Neuem in den Vordergrund. Mexico hatte bekanntlich acht Jahre nach seiner Unabhängigkeitserklärung seine Sklaven vollständig emancipirt. Unmittelbar von dieser Maßregel an datirt der Plan für Einverleibung von Texas in die Vereinigten Staaten. Der Süden verlangte es, um seinen Interessen eine größere Sicherheit zu geben und sich neue Sklavemärkte zu öffnen. Jackson hatte zu wiederholten Malen der mexicanischen Regierung den Ankauf von Texas angeboten, allein alle seine Bemühungen blieben sechs Jahre hindurch vergeblich. So wurden denn vom Südwesten Anstalten getroffen, um dort einen Aufstand zu Stande zu bringen, und Leute und Kriegsmunition hingesandt.

Im December 1835 erklärten etwa 90 Bewohner von Texas die Unabhängigkeit der Provinz; sie waren, mit Ausnahme von zweien, alle Amerikaner und von Niemandem zu diesem Schritte abgeordnet oder beauftragt. Santa Anna wurde im April 1836 bei San Jacinto von den eingedrungenen Freibeutern geschlagen, und diese machten Texas 1836 zur selbständigen Republik, deren Verfassung ganz nach dem Muster der südlichen Unionsstaaten copirt war. Unfähig, selbständig zu leben oder zu sterben, wandte es sich schon 1837 an die Vereinigten Staaten um Zulassung in die Union, fand aber beim Präsidenten van Buren nicht die erwartete Ermunterung. Deshalb ruhte der ganze Plan bis zur nächsten Präsidentschaft unter Tyler. Dessen Staatssecretär Upshur von Virginien eröffnete wieder die Unterhandlungen und brachte einen Annegationsvertrag zu Stande, der aber am 8. Juni 1844 vom Senate verworfen wurde. Doch bald sprach sich der Süden wie Ein Mann für die Aufnahme von Texas als Sklavenstaat aus. Der Norden aber erklärte in großer Mehrzahl aus denselben Gründen sich gegen die Aufnahme, und fortan nahm die Frage den Charakter der Gehässigkeit zwischen Norden und Süden an.

Die Angriffsweise der Sklavenhalter, ihre Taktik, Drohungen und selbst Bestechungen waren ganz dieselben wie bei allen vorhergehenden Gelegenheiten, wo es sich um die Ausdehnung des Sklavengebietes handelte. Die demokratische Partei in der ganzen Union schrieb Texas auf ihre Fahne und erklärte seine Zulassung für eine Principienfrage, für welche unbedingt der

grade neu zu erwählende Präsident sich aussprechen mußte. Die Gegner der Sklaverei im Norden und Westen zersplitterten sich auch hier wieder, konnten ihre kleinen Rancunen der großen Hauptsache nicht unterordnen und wichen Schritt für Schritt zurück, bis sie das Feld ganz den Demokraten, d. h. der Sklavenhalterpartei, überlassen mußten. Diese setzten denn auch im Herbst 1844 die Wahl von Polk aus Tennessee zum Präsidenten durch, der sich durch die bloße Annahme seiner Wahl zur Durchführung aller Pläne seiner Wähler verpflichtete und ihren weitgehenden Anforderungen entsprach, so lange es sich um Ausdehnung der Sklaverei handelte.

Schon am ersten Mai 1854, drei Tage vor dem Rücktritte Taylors, wurde vom Congresse der Beschluß gefaßt: Texas den Vereinigten Staaten einzuverleiben. Das Haus entschied sich mit 118 gegen 101 Stimmen dafür und auch der Senat stimmte ihm bei. So wurde Texas ein Staat der Union und bereitete durch seine möglichst unbestimmten Grenzen den mexikanischen Krieg vor. Selten ist wohl ein ungerechterer Krieg von einem mächtigen Nachbar begonnen worden. Es war die Wiederholung jener Praxis aus den Zeiten der Völkerwanderung, wo der bloße Wunsch ein schönes Land zu besitzen, und die erforderliche Macht, diesen Wunsch zu verwirklichen, die Herrschaft über große Gebiete verlieh. Als der Krieg bereits so weit fortgeschritten war, daß seine Beendigung durch die Vereinigten Staaten keinem Zweifel mehr unterlag, verlangte Polk vom Congreß die Bewilligung von drei Millionen Dollar und versprach dafür: die mexicanische Regierung zur Abtretung großer Ländermassen zu zwingen.

Der Friede zu Basel.

Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795. Von Heinrich von Sybel.
— 3 Bd., Düsseldorf, Buddeus. —

Selten ist eine Nachricht im deutschen Publikum mit so ungetheilter Freude aufgenommen, als diejenige, daß Sybel sein Werk, nachdem er es in dem vorher bestimmten Umfang vollendet, bis auf einen weitem Zeitraum fortzuführen gedenkt. Auch die politischen Gegner des Verfassers erkennen einstimmig an, daß seine Forschungen Niemand umgehen darf, dem es um Wahrheit und um reale politische Kenntniß zu thun ist. Wir hoffen, daß auch die jetzt festgesteckte Grenze nur eine vorläufige